

Beiträge Straßenausbau: 18-Cent-Deckelung bleibt

Ausschuss in Daaden hält am Status quo fest

damo **Daaden**. Die Daadener müssen für den Straßenausbau nicht tiefer in die Tasche greifen wie bisher: Die Deckelung der wiederkehrenden Beiträge auf 18 Cent bleibt bestehen.

Das Thema hatte in der Vorweihnachtszeit hohe Wellen geschlagen: Mit einem Antrag im Ortsgemeinderat hatte die FWG gefordert, die Beiträge moderat zu erhöhen – nur so sei das Ziel zu erreichen, innerhalb von 60 Jahren alle Straßen einmal instandgesetzt zu haben. Schon in der Ratssitzung waren die Freien Wähler auf Ablehnung gestoßen: Zum einen hatten sich CDU und FDP klar gegen den FWG-Antrag ausgesprochen; zum anderen waren kritische Stimmen aus der Bevölkerung laut geworden. Der Rat hatte im Dezember die Entscheidung vertagt und das Thema in den Bauausschuss verwiesen. Das führte aber keineswegs dazu, dass Ruhe eingekehrt wäre: Im Anschluss an die Ratssitzung machte sich das Thema in den Leserbriefspalten breit, und parallel dazu wurden in Daaden Unterschriften gesammelt. Etwa 250 Bürger haben sich dafür ausgesprochen, an der bisherigen Deckelung festzuhalten.

Grund genug für Ortsbürgermeister Walter Strunk, gestern in einem Pressegespräch über die Beratungen im Ausschuss zu informieren. Denn nachdem der FWG-Antrag im Ausschuss beraten wurde, ist keine neuerliche Abstimmung in einer öffentlichen Ratssit-

zung nötig. Mit anderen Worten: Das Thema wird nicht auf der Tagesordnung der nächsten Ratssitzung stehen – was sicher nicht nur bei den 250 Daadenern, die unterschrieben haben, Irritationen ausgelöst hätte.

Warum sich der Rat nicht mehr mit den Beiträgen befassen muss? Weil sich nichts ändern wird: Der Ausschuss hat beschlossen – laut Strunk in einem guten und sachlichen Klima und bei einer Enthaltung einstimmig –, am Status quo festzuhalten.

Strunk erklärte, dass die 18 Cent nach Meinung des Ausschusses ausreichend seien, um das Straßennetz in einem guten Zustand zu halten. Und das erklärte Ziel, in 60 Jahren alle Straßen einmal angepackt zu haben, dürfe nicht zu dogmatisch verfolgt werden. „Selbst wenn das nicht geschafft wird, werden wir weiter in einem vernünftigen Rahmen ausbauen.“ Die nächste Anlieger-Generation werde keineswegs über Gebühr belastet.

Ferner habe man sich im Ausschuss darauf verständigt, statt einer Erhöhung der Beiträge andere Wege zu suchen, um das Straßennetz zu pflegen. So sollen die Standards beim Straßenausbau ebenso auf den Prüfstand wie die Ausschreibungsmodalitäten. Auch soll geklärt werden, ob frühzeitige Reparaturen nicht helfen können, die Lebensdauer der Straßen zu erhöhen.